

Uwe Ziegler

DEMOKRATIE
BRAUCHT
DEMOKRATEN

20 Jahre Engagement
der Friedrich-Ebert-Stiftung
in Ostdeutschland



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0421-1

© Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Lektorat: Dr. Stephan Schmauke, Bonn
Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen
Satz: Jens Marquardt, Bonn
Druck und Verarbeitung: fgb – freiburger graphische betriebe
GmbH & Co. KG, Freiburg
Alle Rechte vorbehalten

Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert
werden oder unter Verwendung elektronischer Systeme
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany 2011

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
Zur Einführung	11

I.

Friedrich-Ebert-Stiftung – zivilgesellschaftlicher Akteur

1. Politische Stiftungen im System der deutschen Demokratie	17
2. Friedrich-Ebert-Stiftung – Stiftung für Soziale Demokratie	21
3. Politische Bildung – Kernaufgabe der Friedrich-Ebert-Stiftung	24
Politische Bildung - Lernen für Demokratie 24 — Politische Bildung in der FES - Lernen für Soziale Demokratie 27	

II.

Geteiltes Deutschland – Deutsch-deutsche Verhältnisse

1. Deutsche Teilung und Kalter Krieg.....	37
2. Entspannungspolitik – Deutsch-deutsche Annäherungen	40
3. Friedrich-Ebert-Stiftung – Engagement im Zeichen der Entspannungs- politik	45
Politische Bildung 46 — Projektgruppe »Systemauseinandersetzung« 53 — Kontakte zur DDR 55	

III.

Friedliche Revolution – demokratischer Neubeginn – deutsche Einheit

1. Von Opposition zu friedlicher Revolution in der DDR	61
Die Opposition formiert sich 64 — Fall der Mauer: 9. November 1989 66	

2. Neuformierung des Parteiensystems	67
3. Ruf nach deutscher Einheit	70
4. Erstes demokratisch gewähltes Parlament der DDR.....	72
5. Verwirklichung der Einheit Deutschlands.....	75

IV.

Friedrich-Ebert-Stiftung 1989/90 – Beginn der Arbeit in Ostdeutschland

1. Bewährung in historischer Stunde.....	81
Konzentration der Kräfte - Organisation im Übergang 82 — Material- und Literaturhilfe - Hilfe für demokratischen Neubeginn 84 — Politische Beratung am konkreten Projekt 87 — Politische Bildung - Seminararbeit und öffentliche Dialoge 93 — Marktwirtschaft konkret - Einführung für Existenzgründer und Selbständige 96 — Transfer von Fachwissen - Politische Fachtagungen 99 — Wissenschaftlich-Publizistische Arbeit 103 — Studienförderung 104	
2. Verein für Politische Bildung und Soziale Demokratie	105
Idee - Gründung - Organisation 105 — Ziele - Aufgaben - praktische Arbeit 109 — Auflösung und Neubeginn 113	

V.

Deutsche Einheit – FES-Infrastruktur in und für Ostdeutschland

1. Arbeitsbereich Neue Bundesländer – Abteilung Dialog Ostdeutschland	117
Landes- und Regionalbüros 118 — Regionalarbeit statt fester Lernort 120 — Gesamtdeutsche Teams 121 — Leitungsstrukturen: Vom Arbeitsbereich zur Abteilung 124	
2. Arbeitsgruppe Kommunalpolitik	127
3. Breiter Ressourceneinsatz für neue Bundesländer	128

VI.

Deutsche Einheit – Politische Bildung und Beratung im Neuland

1. Die Ausgangslage – ein kurzer Aufriss	133
--	-----

2. Diktaturerfahrung und Neubeginn	137
3. Ziele und zentrale Aufgaben	139
Orientierungshilfe 141 — Strukturwirksame Arbeit 142	
4. Zielgruppen der Arbeit	143
5. Partner der Arbeit	144
6. Formen und Instrumente der Arbeit	152
Politikvermittlung 152 — Seminare und Lernprojekte 153 — Kompetenztraining 153 — Politikberatung 154	

VII.

Entwicklungen in Ostdeutschland – Zentrale Arbeitsfelder der Stiftung

1. Für Demokratie werben – Engagement fördern	159
Demokratie - Erwartung und Ernüchterung 160 — Politisches und bürgerschaftliches Engagement in der Demokratie 163 — Kompetenztraining für politisches und bürgerschaftliches Engagement 165 — Kommunalpolitische Bildung - für ein Engagement in der Kommune 167 — Arbeitsgruppe Kommunalpolitik 171 — Jugend gewinnen - Zukunft der Demokratie 172 — Engagement älterer Menschen fördern 177	
2. Zielstellung: Soziale Demokratie	179
Wurzeln und Traditionslinien der deutschen Sozialdemokratie 182 — Programmatik Sozialer Demokratie 185	
3. Arbeitnehmer/innen: Sicherung ihrer Rechte – Vertretung ihrer Interessen..	186
4. Wirtschaftspolitik – Arbeitsmarktpolitik	191
Wirtschaft in Deutschland - Umbau und Entwicklung 191 — Qualifizierung, Beratung, Dialogorganisation - Beiträge zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik 194 — Europa - ein schwieriges Arbeitsfeld politischer Bildung 202	
5. Politik für gesellschaftlichen Zusammenhalt	204
Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch soziale Sicherheit 204 — Übertragung und Reformen des sozialen Sicherungssystems 205 — Politische Bildung und Beratung für sozialstaatliche Politik 206 — Bildung - <i>die soziale Frage</i> 208	
6. Zeitgeschichtliche Arbeit	210
Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus 211 — Auseinandersetzung mit der DDR und ihrem Herrschaftssystem 212 — Friedliche Revolution in der DDR - Erinnern und Aufnehmen 216 — Landesgeschichte(n) und Landesidentität(en) 217 — Historische Forschung 219 — Horst-Springer-Stiftung in der FES 220	

7. Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus	221
Fremdenfeindlichkeit 221 — Gewaltbereite Jugendliche 223 — Rechtsextremismus 224 — Aktivitäten politischer Bildung gegen Rechts 226 — Zentrales Projekt »Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus« 228	
8. Querschnittsaufgabe: Gleichstellungspolitik.....	230
9. Innere Einheit fördern.....	233
Innerdeutsche Dialogkultur 234 — Innere Einheit - doppelter Auftrag 237	

VIII.

Wirkungen der Arbeit und aktuelle Herausforderungen

1. Ergebnisse – Wirkungen – Nutzen.....	241
2. Bleibende Aufgaben.....	247

Anhang

Quellen und Literatur	253
-----------------------------	-----

3. Friedrich-Ebert-Stiftung – Engagement im Zeichen der Entspannungspolitik

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR u.a. festgestellt:

Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde. (Urteil vom 18. Juni 1973)

In diesem Urteil deutete sich ein Dilemma an: Die Annäherungspolitik hielt zwar am Ziel der Herstellung eines einheitlichen deutschen Staates fest, bewirkte aber zunächst eine tatsächliche Verfestigung der deutschen Zweistaatlichkeit.

Die DDR hatte sich seit dem Mauerbau von 1961 politisch und ökonomisch stabilisieren können. Der leichte Weg in den Westen und damit die Eröffnung neuer Perspektiven waren den Menschen genommen. Aus Mangel an Alternativen begann man sich im System einzurichten und Nischen der Privatheit, sozusagen politikfreie Zonen, auszubauen. Und das System richtete sich auf die neu gewonnene Sicherheit ein – auf die Sicherheit hermetisch dichter Grenzen, die nicht nur der Auswanderung der Bevölkerung einen Riegel vorschoben, sondern, teilweise, auch der Einwanderung ideologisch unerwünschter Einflüsse. In einem solchen Binnenklima brachen sich Gedankenspiele der Menschen um politische Alternativen oder gar um die Wiederherstellung der nationalen Einheit an den harten Realitäten von Mauer und Stacheldraht und – dahinter – den Machtinteressen der Sowjetunion. In der Bundesrepublik war, ebenfalls aus Mangel an Alternativen, konsequent der Kurs der Westintegration gefahren worden. Daraus sollten, so die erklärten Absichten, langfristig Chancen zu einer Herauslösung der DDR aus dem sowjetischen Machtbereich und zur Wiederherstellung der nationalen Einheit erwachsen. Für die Bürgerinnen und Bürger verdichtete sich mit fortschreitender westlicher bzw. europäischer Einbindung der Bundesrepublik und mit der durch den Mauerbau festungsar-

tig abgesicherten Einbindung der DDR in den Ostblock jedoch der Eindruck, dass die Wiedervereinigung längst vertan war und nur noch als realitätsfreies Bekenntnis in der politischen Rhetorik aufgehoben war. Die Entspannung des Ost-West-Verhältnisses und der Neubeginn Willy Brandts in den innerdeutschen Beziehungen fand viel Zustimmung in der westdeutschen Bevölkerung. Zugleich markierten der Grundlagenvertrag und die mit ihm ausgelöste Aufwertung der Staatsqualität der DDR in der Wahrnehmung der Menschen aber nicht den Aufbruch zu einer neuen, nun realistischen Wiedervereinigungspolitik, sondern eher den allmählichen Abschied von nationalen Träumereien.

Politische Bildung

Wenn das Bundesverfassungsgericht also alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik verpflichtete, den *Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten*, legte sie den Finger auf eine wirkliche Wunde. Die beiden Teile Deutschlands drohten sich im Alltagsbewusstsein nur noch als zwei sehr unterschiedliche Staaten festzusetzen – ohne ein spürbares einigendes Band einer gemeinsamen Nation. Die nun schon zweieinhalb Jahrzehnte währende Teilung begann ihren Tribut zu fordern. Die Kenntnisse über die DDR waren in der westdeutschen Bevölkerung, insbesondere bei der jüngeren Generation, mittlerweile mehr als unzureichend und überdies häufig ideologisch gefärbt – entweder unter dem Einfluss einer wenig hilfreichen Boulevardpresse, der es weniger um Information als um Stimmungsmache im Jargon des Kalten Krieges ging, oder unter dem Einfluss bestimmter 68er Strömungen, denen die klassenkämpferische, kritiklose Parteinahme für den »real existierenden Sozialismus« wichtiger war als eine menschenrechtsbasierte linke Politik.

Die defizitäre nationale wie auch die zum Teil defizitäre demokratische Bewusstseinslage hatte denn auch sehr viel mit fehlendem und falschem Wissen über den anderen Teil Deutschlands zu tun. Hieraus erwuchs ein erneuerter Anspruch an die politische Bildung in den Schulen und Hochschulen sowie an die Träger außerschulischer politischer Erwachsenenbildung. Vom festen Fundament der freiheitlich-demokratischen Ordnung aus war ein *umfassendes* Bild des Herrschafts- und Gesellschaftssystems der DDR und der Lage der Menschen in diesen Verhältnissen aufzuzeigen und zu bewerten. Über den Vergleich der Systeme in beiden deutschen Staaten sollten wissenschaftlich fundierte demokratische Überzeugungen und Haltungen gefördert werden. Und mit einer ver-

tiefen Vermittlung der Geschichte, der Hintergründe und äußeren Bedingungen der deutschen Teilung sollten Einsichten in die realen Probleme einer Normalisierung der innerdeutschen bzw. deutsch-deutschen Beziehungen einerseits und der Aufrechterhaltung einer gemeinsamen nationalen Perspektive andererseits ermöglicht werden.

Deutschlandpolitische Seminararbeit

Die Skizze der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung unter den Bedingungen der Teilung soll ausnahmsweise von ihrem Ende her begonnen werden: mit einem Vorgang aus dem Sommer 1989. Der Flüchtlingsstrom aus der DDR hatte mittlerweile Dimensionen angenommen, die die SED-Führung in existenzielle Schwierigkeiten brachten, die aber auch für die aufnehmende Bundesrepublik nicht so einfach zu schultern waren. Es fehlte zunehmend an geeigneten Möglichkeiten für die erste Unterbringung der Übersiedler/innen. In dieser Situation half unter vielen die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem Bildungszentrum in Bergegnungstadt. Die Tagungsstätte konnte Unterkunft und Verpflegung anbieten – und *politische Bildung*. Tatsächlich ließ sich, Kuriosität in historischer Stunde, die Unterbringung nur in Verbindung mit Seminaren politischer Bildung finanzieren. So wollten es die auf diesen Fall nicht vorbereiteten Richtlinien der staatlichen Förderer. Die Stiftung war, wie berichtet wird, flexibel genug, sowohl dem Geist der Richtlinien als auch den aktuellen Interessen und Nöten der Übersiedler gerecht zu werden ...

Nun zur eigentlichen politischen Bildungsarbeit: Die Friedrich-Ebert-Stiftung als zivilgesellschaftlicher Träger politischer Bildung sah sich von Beginn an in der Pflicht, den Prozess der Entspannung im Ost-West-Verhältnis und in der westdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik mit ihren Möglichkeiten zu begleiten und zu fördern. Ihr ging es – parallel zur Politik – darum, in der Arbeit ihrer Bildungseinrichtungen in der Bundesrepublik die *sachliche* Information über die DDR in ihren systemisch relevanten Teilen in den Vordergrund zu stellen und so den Teilnehmenden die Chance zu geben, aus einer realitätsgerechten Betrachtung heraus zu einer überzeugenden Beurteilung der Strukturen und Verhältnisse im SED-System zu kommen.

Ein häufig eingesetztes Instrument war in diesem Zusammenhang die *systemvergleichende* Betrachtung von Bundesrepublik und DDR, die in besonderer Weise geeignet schien, über eine deutsch-deutsche Gesamtschau die Überlegenheit oder die Defizite bei der Erfüllung von Ansprü-

chen an Demokratie und Effektivität herauszuarbeiten. »Sachliche« Information über und Auseinandersetzung mit der DDR hieß: Verzicht auf eine wenig überzeugende Kalte-Kriegs-Rhetorik und Pflege einer offenen Diskussionskultur; dies hieß zugleich auch: unbeirrtes Festhalten an den demokratischen und menschenrechtlichen Standards des Grundgesetzes und der Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen sowie ihre Anwendung auf die Beurteilung von Politik und Leben im SED-System.

Darüber hinaus ging es in der Bildungsarbeit der Stiftung darum, die strategischen Ziele und die Wirkungen der neuen Deutschlandpolitik in einem methodisch angeleiteten Lern- und Arbeitsprozess kenntlich zu machen und zur sachlichen Diskussion zu stellen. »Sachlich« in dem Sinne, dass sich Positionen auf Informationen, also Sachkenntnis, gründen und nicht auf emotionale Haltungen. Gerade in der Anfangszeit, um den Grundlagenvertrag vom Dezember 1972 herum, wogte bekanntlich eine an Heftigkeit kaum zu überbietende öffentliche Debatte über die sozialliberale Deutschlandpolitik. Vom hasserfüllten Vorwurf des Landesverrats bis zu enthusiastischer Zustimmung waren alle denkbaren Reaktionen vertreten. Die politische Bildungsarbeit der Stiftung war deshalb besonders in den 70er Jahren gefordert, zu einer Versachlichung der deutschlandpolitischen Diskussion beizutragen. Mit der schrittweisen Übernahme der sozialliberalen Positionen zu den innerdeutschen Beziehungen durch die konservative Opposition, die dann 1982 Regierungsverantwortung übernahm, wurde allmählich der Rechtfertigungsdruck abgebaut und die überbordende Emotionalität aus der Debatte genommen.

Für die deutschlandpolitische Bildungsarbeit der Stiftung blieben – bis 1989 – gleichwohl ausreichend Aufgaben: In der Öffentlichkeit war die Entwicklung hin zu einer anerkannten deutschen Zweistaatlichkeit kaum noch in einen überzeugenden Zusammenhang mit dem Anspruch auf ein Offenhalten der deutschen Frage zu bringen. Das Konzept der zwei Staaten in einer nach wie vor einheitlichen Nation war kaum noch vermittelbar. Und obendrein mehrten sich in den 80er Jahren doch merklich die Zeichen, dass es relevanten politischen Kräften in der Bundesrepublik, insbesondere Teilen der Sozialdemokratie, sinnvoll und möglich schien, die Beziehungen zur DDR noch weiter zu entwickeln – über die »menschlichen Erleichterungen«, die wirtschaftliche Kooperation und die kulturellen Kontakte hinaus weitere Felder der Zusammenarbeit zu erschließen und dabei nicht nur den Staatsrat und den Ministerrat der DDR als Partner zu akzeptieren, sondern ausdrücklich auch die SED

als Staatspartei. Das alles war im Rahmen der politischen Bildung zu thematisieren.

Mit dem Wirksamwerden der neuen Deutschlandpolitik hatte Anfang der 70er Jahre in der politischen Bildung (nicht nur) der Friedrich-Ebert-Stiftung eine starke Belebung der deutschlandpolitischen und DDR-bezogenen Seminararbeit eingesetzt. Ideell und materiell gefördert wurde diese Ausrichtung des Bildungsprogramms durch das starke Interesse der Bundesregierung an der Begleitung der deutsch-deutschen Vertragspolitik durch die politische Bildung. Insbesondere das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen stellte über Jahrzehnte erhebliche Fördermittel für diese Seminararbeit zur Verfügung. Jährlich hat die Friedrich-Ebert-Stiftung damit in ihren Bildungszentren Hunderte von Seminaren zu DDR-Themen, zum Systemvergleich zwischen beiden deutschen Staaten und zu den inner- bzw. deutsch-deutschen Beziehungen abgehalten. Allein im Jahr 1989, um ein spätes Beispiel zu nennen, wurden 453 solcher Veranstaltungen angeboten.

In den Jahren der Entspannungs- und Kooperationspolitik, unter den Bedingungen der Teilung Deutschlands und der Teilung Berlins, fiel dem Berliner Büro der Stiftung eine besondere Rolle zu. Berlin bot konzentriertes Anschauungsmaterial sowohl für die politische Sackgasse des Kalten Krieges und als auch für Notwendigkeit und Chance des Wandels durch eine Politik der Entspannung. Die geteilte Stadt im geteilten Land war der besonders geeignete, authentische Ort für eine politische Bildung, die informieren und zugleich auch nachhaltige Wirkungen in Bezug auf politische Einstellungen erzielen will. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat diesen »Standortvorteil« Berlins für eine über Jahrzehnte intensive deutschland- und berlinpolitische Bildungsarbeit genutzt. Gerade auch die systemvergleichende Betrachtung hatte darin ihren Platz. Zahllose Seminargruppen mit einem breiten Teilnehmerspektrum aus der gesamten Bundesrepublik, vor allem auch junge Menschen, haben sich vom Berliner Stiftungsbüro in Geschichte und aktuelle Probleme der deutschen Teilung sowie in die systemischen Charakteristika von DDR und Bundesrepublik einführen lassen. Die unmittelbare Anschauung vor Ort war jeweils fester Bestandteil der Seminarprogramme.

Die »Anschauung vor Ort« im Sinne von *Studienfahrten in die DDR* spielte ab etwa Mitte der 80er Jahre eine – quantitativ überschaubare – Rolle in der politischen Bildungsarbeit der westdeutschen Bildungszentren der Stiftung. Dabei ging es darum, speziellen Teilnehmergruppen, zum Beispiel Pädagog/innen, im Rahmen eines deutschlandpolitisch oder systemvergleichend orientierten Seminarprogramms unmittelbare Ein-

blicke in die Lebensverhältnisse in der DDR zu ermöglichen. Die politischen Erwachsenenbildner/innen der FES schlossen sich von dieser Form der Gewinnung von Informationen und Eindrücken selbst nicht aus: Mitte der 80er Jahre fand eine der »Dozentenkonferenzen« der Stiftung in Erfurt statt. Diese Konferenzen führten regelmäßig alle hauptamtlichen Dozent/innen der Abteilungen Politische Bildung und Gesellschaftspolitische Information zur Arbeit an den Grundlinien der Entwicklung ihrer Bildungsarbeit zusammen.

Publikationen für die deutschlandpolitische Bildung

Für den Neuansatz in der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit, wie er sich im Zuge der Entspannungspolitik ab Ende der 60er Jahre herauszubilden begann, waren auch neue Informationsmaterialien notwendig – Materialien, die sich aus den oft recht simplen Denkschablonen des Kalten Krieges lösten und nüchterne, sachlichere Zugänge zu den Wirklichkeiten in der DDR und den Möglichkeiten innerdeutscher bzw. deutsch-deutscher Zusammenarbeit boten. Es sollten dies Informationsangebote sein, die die Adressaten politischer Bildung in ihrem eigenen Urteilsvermögen ernst nahmen und sich auf die Vermittlung von Kenntnissen (und nicht von schnellen Wertungen) konzentrierten. Zwei Publikationsreihen der Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich diesem Ansatz verpflichtet sahen, sollen hier genannt sein: die Schriftenreihe »Die DDR. Realitäten – Argumente« und die Zeitschrift »DDR REPORT«. Ihre Finanzierung übernahm das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (bis 1969 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen). Die erste Finanzierungszusage für den DDR REPORT hatte noch der damals zuständige Bundesminister Herbert Wehner gegeben.

– DDR-REPORT

Die von der Gesellschaft für Politische Bildung e.V. Würzburg in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Monatschrift erschien erstmals 1968. Die »Referatezeitschrift zur politischen Bildung in der Bundesrepublik«, wie sie sich im Untertitel nannte, setzte sich zum Ziel, durch mehr Informationen aus der DDR mehr Informationen über die DDR zu anbieten. Die Redaktion wertete dazu monatlich ca. 80 Zeitschriften und Zeitungen der DDR sowie später auch das Angebot der dortigen Verlage an politisch relevanten Sachbüchern aus. Wichtige Artikel aus den Periodika sowie wichtige Bücher wurden

im DDR REPORT in Kurzfassung wiedergegeben. Ergänzt wurde der Referateteil der Zeitschrift durch eine Einführung der Redaktion, in der eine Einbettung des referierten Materials in größere zeitliche, politische oder sachliche Zusammenhänge angeboten wurde, sowie durch jeweils eine aktuelle Analyse namhafter westlicher Vertreter/innen aus Wissenschaft und Journalismus zu deutschlandpolitischen Fragen oder zu Entwicklungen in der DDR. Hinter dem publizistischen Konzept des DDR REPORT verbarg sich die simple Erkenntnis, dass das »Offenhalten der deutschen Frage«, das ja Staatsräson der Bundesrepublik war, doch Wissen darüber voraussetzt, was da zusammengehören, zusammengehalten oder zusammengeführt werden soll. Und es steckte dahinter immer auch die Annahme, dass selbst ein Gesellschafts- und Herrschaftssystem wie das der DDR sich bewegt und sich diese Bewegung im dortigen Schrifttum, wenn auch versteckt, mitteilt. Jedenfalls wurde die Zeitschrift in der politischen Bildung, vor allem aber auch in Wissenschaft und Journalismus hoch geschätzt und oft genutzt. So manche westliche Publikation über die DDR bediente sich ganz ungeniert des Materials, das der DDR REPORT da aus dem anderen deutschen Staat zur Verfügung stellte. Denn seine Redaktion gehörte zu den wenigen Einrichtungen in der Bundesrepublik, die über einen längeren Zeitraum eine systematische Auswertung des Zeitungs-, Zeitschriften- und Sachbuchangebots der DDR betrieben, und wiederum zu den ganz wenigen, die das ausgewertete Material auch regelmäßig veröffentlichten. Der DDR REPORT wurde Ende 1988, knapp ein Jahr vor dem Mauerfall, eingestellt.

– DIE DDR. REALITÄTEN - ARGUMENTE

Diese Schriftenreihe, die 1970 von der Friedrich-Ebert-Stiftung eingerichtet wurde, gehörte in ihrer Zeit zu den bekanntesten Lern- und Arbeitsmaterialien für die deutschlandpolitische Bildung in der Bundesrepublik. Sie befasste sich in jeweils auf ein Thema konzentrierten Broschüren mit den verschiedensten Aspekten des politischen Systems, der gesellschaftlichen Verhältnisse und des Lebens in der DDR. Im Vordergrund stand die sachliche und allgemeinverständliche Information über den anderen deutschen Staat. Häufig wurde themenbezogen der Vergleich zwischen Bundesrepublik und DDR vorgenommen, um so den Nutzer/innen zusätzliche Möglichkeiten der Einordnung und Wertung des angebotenen Informationsmaterials zu geben. Dieser verdienstvolle methodische Ansatz lag zugleich im Trend der öffentlichen Förderung der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit, die mit Blick auf die Wah-

nung der Einheit der Nation eben auch eine Gesamtschau der Verhältnisse im geteilten Deutschland bieten sollte.

Die einzelnen Themen der Schriftenreihe wurden anhand von Quellen und Literatur aus der Bundesrepublik und der DDR bearbeitet. In Methodik und Diktion waren sie in besonderer Weise auf die Verwendung in der politischen Bildung an Schulen, Volkshochschulen, freien Bildungsstätten, Universitäten und in der Bundeswehr ausgerichtet. Viele Lehrer/innen und Dozent/innen schätzten diese Publikationen sowohl als Grundlage für die eigene Unterrichtsvorbereitung als auch als Lernmaterial für die Schüler/innen und Studierenden. Angesichts der erschwerten Zugänge zu authentischen oder zumindest weitgehend ungefilterten Informationen aus der DDR war die Schriftenreihe oft auch hilfreich für die wissenschaftliche Arbeit im In- und Ausland zu Themen der ostdeutschen Republik und zu Aspekten des Systemvergleichs.

Die Schriftenreihe »Die DDR. Realitäten – Argumente« wurde mit dem Untergang der SED-Herrschaft im Spätherbst 1989 eingestellt. In den fast zwei Jahrzehnten ihres Bestehens entstanden an die 100 Titel, etliche davon in mehrfacher Auflage, denn die Nachfrage war immer groß. Die Gesamtauflage aller Schriften dieser Reihe lag bei über 2,8 Mio. Exemplaren.

Deutschlandpolitisches Forum in Bonn

Im Jahre 1983 hat die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit der Redaktion des DDR REPORT die Veranstaltungsreihe »Deutschlandpolitisches Forum« ins Leben gerufen. Die jährlich in Bonn stattfindenden Foren galten als die zentrale Stiftungsveranstaltung zu diesem Politikfeld. Sie sollten der deutschlandpolitischen Debatte in der Bundesrepublik neue Impulse geben und den deutsch-deutschen Verständigungsprozess vorantreiben helfen. Die jeweils aktuellen Themen und herausragenden Referenten sorgten jedenfalls immer für große Aufmerksamkeit im politischen Bonn.

Den Höhepunkt und zugleich Abschluss der Veranstaltungsreihe markierte das Deutschlandpolitische Forum vom 30. November 1989. Drei Wochen nach dem Fall der Mauer stand mit Markus Meckel einer der Hauptinitiatoren der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) Rede und Antwort vor einem großen, gleichermaßen wissbegierigen wie staunenden Publikum. Sozusagen ein würdiger Abschluss einer Veranstaltungsreihe, die gut sechs Jahre nach ihrer Einrichtung bereits überflüssig werden konnte.

Projektgruppe »Systemauseinandersetzung«

Eine Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen Systemen in Ost und West, also zwischen kommunistischer Diktatur und Planwirtschaft einerseits und pluralistischer Demokratie und Marktwirtschaft andererseits, hatte es seit Beginn dieser Bipolarität in den internationalen Beziehungen gegeben. In der Zeit des Kalten Krieges wurde sie, mal mehr mal weniger, als Konfrontation am Rande gegenseitiger atomarer Vernichtungsdrohungen ausgetragen. Die west-östliche Entspannungspolitik zog die Konsequenz aus der ständigen Friedensbedrohung und ließ sich auf ein politisches, wirtschaftliches und militärisches Arrangement auf Basis der Teilung Europas und Deutschlands ein. Beide Systeme blieben gleichwohl unvereinbar und machten dies der anderen Seite und insbesondere der eigenen Bevölkerung auch weiterhin deutlich. Dabei wurde die ideologische Auseinandersetzung für das östliche System in dem Maße wichtiger, in dem die blöckeübergreifende Kooperation vorschritt und die selbsterklärte Systemkonkurrenz die Schwäche der eigenen Ordnung mehr und mehr entlarvte.

Besonders die späte DDR, die wirtschaftlich immer stärker auf die Bundesrepublik angewiesen war und sich von ihrer Bevölkerung ständig an ihr messen lassen musste, sah ihr Heil darin, die für sie existenziell notwendige – und zugleich doch auch gefährliche – deutsch-deutsche Kooperation durch propagandistische Abgrenzung ideologisch zu neutralisieren. Dabei kam selbst eine so unbewegliche Partei wie die SED nicht umhin, ihre Argumentationsfiguren in der Systemauseinandersetzung vorsichtig zu modifizieren. Diese Veränderungen aufzuspüren und in beratender Absicht für die Politik in der Bundesrepublik nutzbar zu machen, war eine der Aufgaben der Projektgruppe »Systemauseinandersetzung« der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Projektgruppe war Anfang 1989 in der Abteilung Außenpolitik und DDR-Forschung des damaligen Forschungsinstituts der Stiftung in Bonn eingerichtet worden. Neben den ideologischen Aspekten im Verhältnis der konträren Gesellschaftssysteme sollte auch die ökonomische, ökologische und insbesondere die humanitäre Komponente der Systemkonkurrenz Gegenstand der wissenschaftlichen Beobachtung sein. Gerade das Problem der Menschenrechte und seine Behandlung in der deutsch-deutschen Politik hatte sich die Projektgruppe als hervorgehobenes Thema zu Beginn ihrer Forschungs- und Informationsarbeit gewählt. Eingeschlossen in die Beschäftigung mit Fragen der Systemauseinandersetzung war die Befassung mit der deutschen Frage bzw. mit der Deutschlandpolitik.

Die Projektgruppe erarbeitete Studien, organisierte Veranstaltungen und unterhielt Kontakte zu Wissenschaftseinrichtungen der DDR. Themen der ersten Studien waren: »Abschied vom internationalen Klassenkampf? Wandel in der Haltung der DDR zur ›Systemauseinandersetzung‹«, »Friedensfähigkeit des Imperialismus«, Aspekte einer aktuellen Ideologiediskussion in der DDR«, »DDR und Menschenrechte. Teil I: Inter-systemarer Menschenrechtsdialog« sowie »Einmischung in die inneren Angelegenheiten – ein ideologischer Kampfbegriff?«

Der von der Projektgruppe eingerichtete Arbeitskreis »Systemwettbewerb« führte Experten aus Politik, Wissenschaft und Medien in kleiner Runde zur Diskussion über ideologiebestimmte Felder der Ost-West-Auseinandersetzung im Allgemeinen und der deutsch-deutschen Beziehungen im Besonderen zusammen. Das erste Treffen des Arbeitskreises war dem Thema »Probleme des Systemwettbewerbs am Beispiel des SPD/SED-Streitkulturpapiers« gewidmet (Referent: Thomas Meyer, der auf Seiten der Grundwertekommission der SPD maßgeblich am Zustandekommen des Papiers beteiligt war). Zudem baute sie die Veranstaltungsreihe »Die deutsche Frage aus internationaler Sicht« auf, die einem größeren Interessentenkreis Gelegenheit geben sollte, die Positionen wichtiger KSZE-Staaten zur deutschen Frage kennenzulernen. Auf der ersten Veranstaltung ging es um die Sicht Großbritanniens: »Der britische Standpunkt zur europäischen Sicherheit und zur deutschen Frage« (Referent: Sir Christopher Mallaby, britischer Botschafter in Bonn). Zudem wurde in Verantwortung der Projektgruppe die bereits 1983 eingerichtete Veranstaltungsreihe »Deutschlandpolitisches Forum« (s.o.) fortgeführt.

Die Mitarbeiter der Projektgruppe waren in die Kontakte der Stiftung zu politikwissenschaftlichen Einrichtungen der SED und des Ministerrates eingebunden. In ihre Analysen konnten neben Erkenntnissen aus der Auswertung des einschlägigen Schrifttums der DDR somit auch unmittelbare Eindrücke aus dem Innenleben ihrer Think Tanks einfließen. Da Arbeitstreffen mit diesen Einrichtungen auch seitens der Abteilung Politische Bildung der Stiftung durchgeführt wurden, wird dieser Komplex im nachfolgenden Abschnitt »Kontakte zur DDR« ausführlicher dargestellt.

Die Projektgruppe »Systemauseinandersetzung« hat ihre Arbeit im Herbst 1989, also nicht einmal ein Jahr nach ihrer Gründung, eingestellt. Ihre Arbeit war von der politischen Entwicklung glücklicherweise viel schneller überholt worden, als es sich die Friedrich-Ebert-Stiftung und mit ihr Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und die allermeisten Bürgerinnen und Bürger je hätten vorstellen können. Der Wettbewerb der Systeme war entschieden.

Kontakte zur DDR

Die neue Ost- und Deutschlandpolitik war ein Werk, für das die Sozialdemokratie stand. Sie verband sich vor allem mit dem im Kern realpolitischen, in der friedenspolitischen Emphase zugleich aber auch begeisterten Engagement von Willy Brandt und Egon Bahr. Bruchlos fortgeführt wurde die Politik unter Helmut Schmidt, nüchtern und effektiv. Das gegnerische Argument des Verrats deutscher Interessen hatte sich mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum deutsch-deutschen Grundlagenvertrag ja auch weitgehend abgenutzt – so sehr abgenutzt, dass die Regierung Kohl ungerührt da anknüpfen konnte, wo die Regierung Schmidt hatte aufhören müssen.

Die Sozialdemokratie aber, nun in der Opposition, war deutschlandpolitisch in neuer Lage. Sie war nicht mehr Regierungs-, sondern nur noch Oppositionspartei. Kontakte zur DDR von Regierung zu Regierung waren in einem die politischen Lager mittlerweile übergreifenden Konsens akzeptiert. Nicht so Kontakte einer westdeutschen *Partei* mit der SED. Die Sozialdemokratie versuchte sich wiederum, wie zu Beginn der neuen Ost- und Deutschlandpolitik, in politischem Neuland und knüpfte direkte Verbindungen zur Einheitspartei. Sie wollte die Möglichkeiten beider deutscher Staaten ausloten, weitere eigene Beiträge zu einer Friedenspolitik in Europa zu leisten. Sie berief sich darauf, dass an der SED, der Staatspartei, vorbei keine Politik möglich sei – und erntete doch den Vorwurf, sich mit Antidemokraten gemein zu machen und obendrein eine »Nebenaußenpolitik« zu betreiben.

Besonders ins Visier geriet das von der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED gemeinsam erarbeitete und im August 1987 vorgelegte Papier »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«. Es lieferte mit seinen ungewohnt wohlwollenden Zugeständnissen an die jeweils andere Seite förmlich Steilvorlagen für eine konservative Fundamentalkritik an der Sozialdemokratie wie auch für eine SED-interne Auseinandersetzung zwischen Hardlinern und Entspannungsfreunden. Die SED jedenfalls hielt das gemeinsame Dokument nicht aus und distanzierte sich binnen kurzem. Die Oppositionellen in der DDR waren gespalten: die einen sahen in dem Papier eine Anbiederung der demokratischen SPD an die diktatorische SED, die anderen entdeckten darin eine weitere Grundlage dafür, Informationsfreiheit und die allgemeine Verwirklichung von Menschenrechten einzufordern.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung teilte die Auffassung, dass politisch alle

Chancen genutzt werden mussten, den deutschland- und friedenspolitischen Impetus der Kooperation zwischen den Systemen immer wieder neu aufzugreifen und dabei auch neue Wege zu gehen. 1983 war sie erstmals (auf Abteilungsleiterebene) mit einem Vertreter auf einer von der SED organisierten Veranstaltung präsent: auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz »Karl Marx und unsere Zeit«, die zu dessen 100. Todestag im April in Ost-Berlin stattfand und neben zahllosen Abgesandten kommunistischer, sozialistischer und einiger sozialdemokratischer Parteien auch Wissenschaftseinrichtungen versammelte, die sich mit der Marx-Forschung befassten. Zur Friedrich-Ebert-Stiftung gehört immerhin das Karl-Marx-Haus in Trier, das damals noch umfangreiche Forschungsarbeit betrieb.

Aus diesem ersten Kontakt zur SED entstanden in der Folge einige Dialogprojekte, die die Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG) beim ZK der SED und – in einem Fall – zusätzlich mit dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) betrieb. (Das IPW war dem Ministerrat der DDR unterstellt und galt neben der AfG als Leitinstitut für die Imperialismusforschung der DDR). Auf Seiten der Stiftung waren die damalige Abteilung Außenpolitik- und DDR-Forschung beteiligt, die an den Arbeitsgruppen zu den Themen *Sicherheit und Abrüstung* bzw. *Menschenrechte* teilnahm, sowie die Abteilung Politische Bildung mit Teilnahme an den Arbeitsgruppen *Frieden und Sicherheit* bzw. *Ökonomie und Ökologie*.

Die erste Arbeitsgruppe begann ihre Gespräche Ende 1984, die letzte nahm den Dialog erst Anfang 1989 auf. Pro Arbeitsgruppe fanden zwischen zwei und vier Treffen statt, jeweils im Wechsel in der Bundesrepublik und in Ost-Berlin. Die Dialogprojekte zeitigten – natürlich – keine politisch unmittelbar verwertbaren Resultate. Sie waren in einer Zeit zunehmender deutsch-deutscher Gespräche und Kooperationen begonnen worden. (Erinnert sei nur an den in der zweiten Hälfte der 80er Jahre regen Besuchsverkehr auf hohen politischen Ebenen zwischen Bundesrepublik und DDR.) Und sie sollten den Spielraum für Veränderungen in der DDR und für eine Weiterentwicklung der deutsch-deutschen Zusammenarbeit ausloten. Die Gesprächsrunden lagen nicht im Zentrum der deutschlandpolitischen Aktivitäten der Stiftung. Sie waren immer eine Gratwanderung zwischen der Überzeugung, dass es mit einer diktatorischen Partei, und sei es nur mit ihren Wissenschaftseinrichtungen, eigentlich wenig zu besprechen gibt, und der Einsicht, dass es an dieser Staatspartei vorbei keinen externen Einfluss auf Wandel geben kann. Dieses Dilemma hat dann erst die friedliche Revolution des Herbstes 1989 aufgelöst.

Defizite: Einbindung der DDR-Opposition

Gegen die neue Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt war seitens der konservativen Opposition und der ihr nahestehenden Medien schweres Geschütz aufgeföhren worden. Auch die oppositionelle Sozialdemokratie der 80er Jahre wurde wegen ihrer politischen Verbindungen in die DDR hinein scharf attackiert. Und selbst die Friedrich-Ebert-Stiftung war wegen der beschriebenen Kontakte zum politikwissenschaftlichen Umfeld der SED nicht sicher vor Angriffen. Sie konnte dies in Kenntnis ihrer eigenen Motive und Positionen sowie der begrenzten Reichweite der Dialoge gelassen sehen.

Sehr wohl ernst nimmt sie allerdings den Vorwurf, in dem Willen zum Dialog mit der DDR die Oppositionsbewegung zu wenig beachtet zu haben. Vorhaltungen dieser Art wurden seitens einiger Bürgerrechtler, vereinzelt auch aus dem Kreis der Gründungsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) gemacht. Und zwar sowohl in der Zeit *vor* als auch *nach* dem Mauerfall. Hier geht es sicherlich um eine problematische Situation, die umso problematischer scheint, je weiter man sich zeitlich von den damaligen Zuständen in der DDR entfernt. Besonders in der historischen Betrachtung, also in Kenntnis des Erfolgs der friedlichen Revolution, mag unerträglich sein, dass sich Demokraten der Bundesrepublik mit Nichtdemokraten der DDR an einen Tisch setzten – und ausgerechnet die Initiatoren und späteren Träger des dortigen demokratischen Umbruchs außen vor ließen.

Zur Wahrheit gehört aber auch die ehrliche Erinnerung daran, dass es für Oppositionelle in der DDR kaum Gefährlicheres gab, als sich mit westlichen »Agenturen des Imperialismus« in Verbindung zu setzen. Als eine solche »Agentur« firmierte ausweislich der Stasi-Unterlagen auch die Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Übrigen kann die Stiftung für sich in Anspruch nehmen, sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre intensiv um einen Dialog zwischen Friedensgruppen aus Ost und West bemüht zu haben. Ihr ging es, so viel Realismus war nötig, um die Installierung eines »Dreiecksverhältnisses« zwischen sozialdemokratischer Friedenspolitik, kommunistischen Staatsparteien des östlichen Bündnisses und unabhängigen Friedensbewegungen in Ost und West. 1988 und 1989 zum Beispiel führte die Stiftung, jeweils im März, in Zusammenarbeit mit Horst Ehmke und unter Mitwirkung von Egon Bahr solche internationalen Seminare in Bonn durch. Das Problem war nur, dass es selbst 1989, gut ein halbes Jahr vor dem Mauerfall, immer noch nicht möglich war, Vertreter der Kirchen der DDR und offizielle DDR-Delegierte ge-

meinsam in einen internationalen friedenspolitischen Dialog einzubinden. Ungarn zum Beispiel war da schon erheblich weiter, wie die Teilnehmerliste des damaligen Stiftungsseminars ausweist.

Für eine Gesamtbetrachtung der deutsch-deutschen Dialog- und Kooperationspolitik, in die sich die Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung einordnen, bleibt wichtig zu berücksichtigen, dass sich *stabile* Diktaturen nur schwer an der sie tragenden politischen Klasse vorbei verändern lassen. Der Irrtum, und damit der Kern des Dilemmas, lag darin, dass die SED-Herrschaft zu lange noch für stabil gehalten wurde. Da waren die als utopisch denunzierten Hoffnungen der Oppositionsbewegung in der DDR tatsächlich realistischer als die Realpolitik westlicher Demokraten. Diese hielten eben sehr lange nur eine gouvernemental angelegte Entspannungs- und Kooperationspolitik für zielführend und handelten sich wegen der Ausschließlichkeit dieses Ansatzes prompt politisch-moralisch begründete Vorhaltungen ein. Nachträglich sicherlich nicht ganz zu Unrecht. Aber nachträglich ist man immer klüger.